

Die künftige Rolle der Vereinten Nationen im FfD-Follow-up

Monitoring, Review, Normsetzung und Koordination

von Jens Martens

Vom 30. Juni bis 3. Juli 2025 findet im spanischen Sevilla die 4. Internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung (FfD4) statt. Sie soll nach den Worten der UN-Mitgliedsstaaten Fortschritte und Hindernisse bei der Umsetzung der Beschlüsse der drei Vorgängerkonferenzen von Monterrey (2002), Doha (2008) und Addis Abeba (2015) bewerten, Maßnahmen und Initiativen zur Überwindung der Hindernisse vereinbaren und sich mit neuen Herausforderungen angesichts der globalen Krisen befassen. Ziel ist es dabei vor allem, die Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) zu beschleunigen und die Reform der internationalen Finanzarchitektur zu unterstützen.

Für den Erfolg der FfD4-Konferenz sind zwei Faktoren entscheidend: Erstens müssen die Regierungen überprüfbare Schritte vereinbaren, um dringend benötigte zusätzliche Finanzmittel zu mobilisieren und überfällige Strukturreformen zu initiieren; und zweitens müssen sie sich auf Verfahren und Governance-Arrangements einigen, um im Follow-up-Prozess die Umsetzung der Beschlüsse überwachen und bewerten zu können. Dabei kommt den Vereinten Nationen eine Schlüsselrolle zu.

Die Rolle der Vereinten Nationen ist aber nicht auf den Bereich von Monitoring und Review beschränkt. Seit Jahren fordern vor allem Regierungen aus dem Globalen Süden und zivilgesellschaftliche Organisationen, dass die Vereinten Nationen im Bereich der Normsetzung und Koordinierung der Global Economic Governance aufgewertet werden. Das gilt insbesondere für die Steuerpolitik, das Management von Schuldenkrisen, die internationale Entwicklungszusammenarbeit und die Regulierung transnationaler Unternehmen.

Dieses Briefing beschreibt, in welchem institutionellen Rahmen die Beschlüsse der bisherigen FfD-Konferenzen auf UN-Ebene überwacht und weiterentwickelt wurden, welche Vorschläge zum Monitoring und Follow-up der FfD4-Konferenz in der Diskussion sind, welche (guten) Beispiele es dafür in anderen Politikfeldern gibt und welche UN-Gremien nach der Sevilla-Konferenz in der Internationalen Finanzarchitektur eine Rolle spielen können.

1. Jahrzehntelanges Ringen um die Rolle der UN in der globalen Wirtschafts- und Finanzpolitik

Die Vereinten Nationen spielten in der internationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik jahrzehntelang nur eine Nebenrolle. Dies hatte seinen Grund unter anderem in einem Konstruktionsfehler der UN-Charta. Die Gründer der Vereinten Natio-

nen hatten 1945 zwar die „internationale Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet“ als eine der Kernaufgaben der Weltorganisation definiert und den Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) als eines der sechs Hauptorgane der Vereinten Nationen gegründet (neben Generalversammlung, Sicherheitsrat, Treuhandrat, Internationalem Gerichtshof und UN-Sekretariat). Der ECOSOC wurde aber – anders als der Sicherheits-

rat – der Autorität der Generalversammlung unterstellt (Art. 60 der Charta) und war daher von Anfang an nur ein Gremium zweiter Klasse. Er darf Empfehlungen abgeben, aber keine maßgeblichen Entscheidungen fällen.

Ein weiteres Problem des Rates ist seine Größe. Mit 54 Mitgliedern ist der ECOSOC zu klein, um als repräsentatives Dialogforum für Wirtschafts- und Sozialfragen zu fungieren. Viele Länder des Globalen Südens fühlen sich in ihm nicht adäquat vertreten. Als Koordinations- und Entscheidungsgremium ist er dagegen zu groß. Vor allem bei Regierungen des Globalen Nordens galt er lange als schwerfällig und ineffektiv.

Wichtige wirtschafts- und finanzpolitische Entscheidungen auf globaler Ebene wurden in den letzten Jahrzehnten nicht in den Vereinten Nationen gefällt, sondern vor allem beim Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank, der Welthandelsorganisation (WTO) und bei Treffen der G20.

Hoffnungen der in der G77 zusammengeschlossenen Länder des Globalen Südens, dass sich dies mit der ersten Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung (FfD) 2002 änderte, erfüllten sich nur ansatzweise. Der dort verabschiedete **Monterrey-Konsens** enthielt lediglich einige allgemein gehaltene Appelle zur Stärkung der Vereinten Nationen, insbesondere der Generalversammlung und des ECOSOC. Diese Appelle wurden im Schlusskapitel unter der programmatischen Überschrift „Staying engaged“ konkretisiert. Demnach sollte die Koordination zwischen internationaler Entwicklungs-, Finanz- und Handelspolitik an zwei Orten erfolgen:

- » Einem **jährlichen Treffen von ECOSOC, Bretton-Woods-Institutionen und WTO** bei den Vereinten Nationen im Anschluss an die Frühjahrstagung von IWF und Weltbank. Dieses Treffen fand bereits seit 1998 regelmäßig statt.
- » Einem alle zwei Jahre stattfindenden **Hochrangigen Dialog zur Entwicklungsfinanzierung** (*High-level Dialogue on FfD*) der Generalversammlung, der sich mit der Kohärenz und Konsistenz des internationalen Währungs-, Finanz- und Handelssystems befassen sollte.

Dies wurde vor allem von der G77 als eine Aufwertung der Vereinten Nationen gegenüber IWF, Weltbank und WTO angesehen. Sie blieb aber weitgehend symbolisch, denn die beiden Foren

waren als reine Dialogveranstaltungen ohne Monitoring- oder gar Entscheidungsfunktion konzipiert.

Dies änderte sich auch nicht bei der zweiten FfD-Konferenz 2008. Im Schlusskapitel der dort verabschiedeten **Doha Declaration** würdigten die Regierungen, erneut unter der Überschrift „Staying engaged“, die Rolle der Vereinten Nationen als Focal Point für das FfD-Follow-up (Pkt. 87) und betonten „die Notwendigkeit eines gestärkten und effektiveren zwischenstaatlichen integrativen Prozesses“ (Pkt. 89). Sie vertagten aber jede Entscheidung dazu auf die Treffen von ECOSOC und Generalversammlung im Folgejahr. Damals eröffnete sich auf dem Höhepunkt der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise die historische Möglichkeit für eine Aufwertung der Vereinten Nationen. Im Juni 2009 fand eine internationale Konferenz statt, die sich speziell mit der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise befasste. Der zentrale Satz in ihrem **Abschlussdokument** (Pkt. 16) lautete:

„While recognizing the decisions taken in the G-20, we are resolved to strengthen the role of the United Nations and its Member States in economic and financial affairs, including its coordinating role.“

Maßgeblich inspiriert wurden die Diskussionen auf dieser Konferenz von dem Bericht einer internationalen **Expertenkommission**, die vom damaligen Präsidenten der UN-Generalversammlung, dem Nicaraguaner Miguel d’Escoto Brockmann, eingesetzt worden war. Der Kommission unter Leitung des Wirtschaftsnobelpreisträgers Joseph Stiglitz gehörten 18 international renommierte Finanzexpert*innen und Politiker*innen an, darunter auch die damalige Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wiezcorek-Zeul. Die Kommission formulierte in ihrem **Bericht** neben Empfehlungen für kurzfristige Maßnahmen im Bereich der Finanzmarktregulierung und der Wirtschaftspolitik auch Vorschläge für weitreichende Reformen der internationalen Finanzarchitektur. Dazu gehörte die Gründung eines Globalen Wirtschaftskoordinationsrates (*Global Economic Coordination Council*) unter dem Dach der Vereinten Nationen auf einer Ebene mit der Generalversammlung und dem Sicherheitsrat.

Hoffnungen auf derart weitreichende Struktur-reformen erfüllten sich jedoch nicht. Die Musik spielte auch in den folgenden Jahren vor allem in der G20 und den Bretton-Woods-Institutionen. Die Vorschläge der Stiglitz-Kommission landeten in der Schublade. Die FfD-Foren blieben auf ihre

Rolle als unverbindliche Dialogveranstaltungen beschränkt, der ECOSOC fristete weiterhin ein „jämmerliches Schattendasein“ (so die damalige **Bundeskanzlerin Angela Merkel** im Dezember 2008).

Mit der dritten FfD-Konferenz im Juli 2015 in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba weiteten die Regierungen den thematischen Fokus der FfD-Agenda aus, denn diese Konferenz war unmittelbar mit den Verhandlungen über die Agenda 2030 und die SDGs verknüpft. Entsprechend sah die **Aktionsagenda von Addis Abeba (AAAA)** nicht nur die Überprüfung der dortigen Beschlüsse vor, sondern auch der in der Agenda 2030 verankerten Umsetzungsziele der SDGs. Die AAAA widmete sich in einem ausführlichen Kapitel dem Thema „Data, Monitoring and Follow-up“. Darin waren für den weiteren Prozess drei Gremien vorgesehen:

- » Das **ECOSOC Forum on Financing for Development Follow-up**. Es tagt seit 2016 jährlich im April für eine Woche. Ein Tag ist für das Hochrangige Treffen mit den Bretton-Woods-Institutionen, WTO und UNCTAD vorgesehen. Dem Treffen geht jedes Jahr eine Konsultation in Washington, D.C. zwischen dem ECOSOC-Büro und den Exekutivdirektoren von IWF und Weltbank voraus. Das FfD-Forum soll zwischenstaatlich ausgehandelte Schlussfolgerungen und Empfehlungen dem High-level Political Forum (HLPF) vorlegen, das die Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer Ziele überwacht.
- » Der **General Assembly High-level Dialogue on Financing for Development**, der alle vier Jahre für einen Tag unmittelbar nach dem SDG-Gipfel veranstaltet wird (bisher 2019 und 2023). Er soll dazu dienen, Engagement für den FfD-Prozess auf höchster politischer Ebene zu mobilisieren, unter anderem durch die Ankündigung konkreter Finanzierungszusagen.
- » Die **Inter-Agency Task Force on Financing for Development (IATF)**, die 2016 vom UN-Generalsekretär einberufen wurde, um die Mitgliedstaaten mit den aktuellsten Daten und Analysen zur Entwicklungsfinanzierung zu versorgen. Das geschieht u.a. in Form des jährlichen Financing for Sustainable Development Reports. Das FfD-Büro innerhalb von UN DESA fungiert als Koordinator der IATF. Es

arbeitet dabei eng mit den wichtigsten institutionellen Akteuren im FfD-Prozess zusammen – Weltbankgruppe, IWF, WTO, UNCTAD und UNDP – sowie mit über 60 Programmen und Fonds der Vereinten Nationen, regionalen Wirtschaftskommissionen und anderen internationalen Institutionen.

Nach **Einschätzung des UN-Sekretariats** hat der in Addis Abeba vereinbarte Follow-up-Prozess das Monitoring und die Überprüfung der FfD-Verpflichtungen verbessert. Das FfD-Forum habe die Teilnahme von Finanzminister*innen und Zentralbankgouverneur*innen an den UN-Finanzdiskussionen gestärkt. Es habe auch dazu beigetragen, den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen den Führungsgremien der UN und der BWI zu vertiefen. Allerdings sieht das UN-Sekretariat auch Raum für Verbesserungen, etwa was das Niveau der Regierungsbeteiligung im FfD-Forum und den Zeitplan für die Verhandlungen über seine Schlussfolgerungen und Empfehlungen betrifft.

Kritischer beurteilen die im CSO FfD Mechanism zusammenarbeitenden zivilgesellschaftlichen Organisationen die für das FfD-Follow-up zuständigen Gremien, insbesondere die IATF und ihren jährlichen FfD-Report. Dazu stellen sie fest:

“We are deeply concerned with the role of the IATF and with its reports in particular as they represent politically negotiated documents between Secretariats of different agencies and institutions, largely dominated by interests of the Global North and primarily concerned with maintaining the current institutional status quo. The reports have been particularly weak on governance reforms and institutional re-architecture, which are critical dimensions for Global South countries in the FfD process.”¹

Grundsätzlich stellt das ECOSOC Forum on Financing for Development Follow-up sicherlich ein Fortschritt gegenüber seinen schwachen Vorgängergremien dar. Es hat brisante Themen aufgegriffen und Verhandlungen in wichtigen Themenfeldern, wie der internationalen Steuerkooperation, den Weg geebnet. In seinem bisherigen Format ist es aber ungeeignet, effektive Monitoring- und Review-Funktionen zu übernehmen. Und für die immer wieder für die Vereinten Nationen geforderte stärkere Koordinierungsrolle in der internationalen Finanzarchitektur hat das Forum bislang kein Mandat.

¹ <https://csoforffd.org/resources/cs-ffd-mechanism-s-inputs-to-the-ffd4-outcome-document-first-draft/>

2. Vorschläge zu Monitoring, Review und Governance-Reformen im Vorfeld der FfD4-Konferenz

Die Mehrheit der UN-Mitgliedsstaaten ist sich einig, dass angesichts wachsender geopolitischer Spannungen, systemischer Risiken und ausbleibender Fortschritte bei der Verwirklichung der Agenda 2030 und ihrer Ziele mehr, und nicht weniger, multilaterale Zusammenarbeit notwendig ist. Die FfD4-Konferenz in Sevilla kommt daher gerade zur rechten Zeit. Auf ihr könnte ein erneuerter globaler Rahmen für die Finanzierung nachhaltiger Entwicklung (*a renewed global financing framework for sustainable development*) vereinbart werden, der zu einer Stärkung multilateraler Zusammenarbeit führt. Im Idealfall sollte er vor allem aus zwei Komponenten bestehen:

- » Erstens einem Set von konkreten **Verpflichtungen (commitments)**, insbesondere zur Mobilisierung zusätzlicher Finanzmittel, die zeitlich gebundene, quantitative und damit überprüfbare Zielvorgaben enthalten;
- » und zweitens einem **Monitoring und Review-System**, um die Umsetzung der Beschlüsse überprüfen und die Regierungen zur Rechenschaft ziehen zu können.

Vor allem Länder des Globalen Südens fordern darüber hinausgehende Schritte, um die Vereinten Nationen im Bereich der Normsetzung und der Koordinierung der Global Economic Governance zu stärken.

Monitoring und Review

Viele Länder betonen in den Verhandlungen über das Ergebnisdokument von Sevilla die Bedeutung eines wirkungsvollen Follow-up-Mechanismus. „Effective monitoring of FfD commitments requires a strong accountability framework,“ stellt beispielsweise die **Afrikanische Gruppe** fest. **Spanien** als Gastgeber der FfD4-Konferenz setzt sich dafür ein, „[to] strengthen accountability, transparency and compliance with commitments with a new monitoring and follow-up mechanism.“ Auch **Sambia** und **Mexiko**, beides Ko-Fazilitatoren der Verhandlungen über das FfD4-Ergebnisdokument, sprechen sich für einen robusten „Monitoring and Accountability Mechanism“ aus. Ein solcher Mechanismus kann grundsätzlich aus drei Komponenten bestehen:

- » **Set von FfD-Indikatoren**, um Fortschritte bei der Verwirklichung der Beschlüsse von Sevilla messen zu können. Der **erste Entwurf des FfD4-Outcome Documents** fordert im Pkt. 58 (a) die IATF auf, „a concise set of financing indicators“ vorzuschlagen. Dies soll in Konsultation mit der UN-Statistikkommission und ihren Mitgliedern geschehen und möglichst bestehende Daten und SDG-Indikatoren nutzen. Länder wie **Brasilien** und **Südafrika** unterstützen diesen Vorschlag. Südafrika fordert in diesem Zusammenhang auch, die Definition der ODA zu überprüfen und zu verhindern, dass die ODA durch das umstrittene OECD-Konzept des Total Official Support for Sustainable Development (**TOSSD**) ersetzt wird. **Mexiko** hat in seinem Statement 15 SDG-Indikatoren aufgelistet, die für die Fortschrittsmessung der FfD-Beschlüsse relevant sein könnten. Insgesamt umfasst der SDG-Indikatorenrahmen (**Global Indicator Framework for the SDGs**) 234 Indikatoren, von denen sich 50 auf die *Means of Implementation* sowie 24 auf die Zielvorgaben von SDG 17 (Umsetzungsmittel und Globale Partnerschaft stärken) beziehen. Rund 30 von ihnen haben einen direkten Bezug zu den Themen der FfD-Agenda. Sie können allerdings nur die Basis bilden, denn das Themenspektrum der FfD-Agenda reicht ja über die SDGs weit hinaus. Der neue FfD-Indikatorenrahmen soll von der UN-Generalversammlung auf ihrer 81. Tagung (d.h. zwischen September 2026 und September 2027) beschlossen werden.

- » **FfD-Fortschrittsberichte auf nationaler und internationaler Ebene**. Auf globaler Ebene erstellt die IATF seit 2016 jährlich einen **Financing for Sustainable Development Report**, der Fortschritte in den sieben Handlungsfeldern der Addis Abeba Action Agenda untersucht. Dies soll nach dem Willen vieler Regierungen auch nach der FfD4-Konferenz fortgesetzt werden, später erweitert um den FfD-Indikatorenrahmen. Allerdings gibt es auch Kritik an den Berichten der IATF, etwa vom CSO FfD Mechanism (siehe oben).

Als wesentlichen Bestandteil eines künftigen Monitoring und Review-Mechanismus sehen viele die Berichterstattung auf der nationalen Ebene. Die **Afrikanische Gruppe** hat in diesem Zusammenhang ein *Universal Financing Accountability Framework* vorgeschlagen, das sich am Überprüfungsmechanismus orientiert, den es seit 2006 in Form der **Universal Periodic Reviews (UPR)** im Menschenrechtsbereich

gibt. Mit ihnen müssen sich alle 193 Mitglieder der UN alle 4,5 Jahre einem Peer Review ihrer Menschenrechtsbilanz unterziehen. Nach diesem Modell könnte auch ein regelmäßiges Prüfverfahren für den Bereich der Entwicklungsfinanzierung eingeführt werden.

Ein solcher „FfD-UPR“ könnte auch dazu dienen abzuschätzen, wie hoch der Finanzbedarf eines Landes ist, um die SDGs zu verwirklichen. Schöpft ein Land seine maximal verfügbaren Ressourcen aus? Besteht eine Finanzierungslücke? Wie hoch ist der Bedarf an öffentlicher Entwicklungsfinanzierung von außen? Weltweit addiert würden diese Bedarfswerte einen nachfragebasierten Orientierungsrahmen für bi- und multilaterale Finanztransfers bilden. Er könnte den angebotsorientierten Ansatz der ODA mit dem 0,7-Prozentziel als Referenzrahmen ersetzen. Das würde ausdrücklich nicht bedeuten, dass weniger Mittel für die öffentliche Entwicklungsfinanzierung bereitgestellt werden müssen. Alle bisherigen Schätzungen des externen Finanzbedarfs, einschließlich der zusätzlichen Finanzmittel, die für Klimaschutzmaßnahmen und die Anpassung an den Klimawandel erforderlich sind, lassen vermuten, dass die benötigten Finanztransfers noch über das von der 0,7-Prozentmarke definierte Volumen hinausgehen. Auf diese Weise könnte jedoch endlich ein Perspektivwechsel vollzogen werden, weg von einem hilfebasierten Ansatz, hin zu einem rechtebasierten Ansatz der Entwicklungsfinanzierung. Zahlreiche Regierungen empfinden die Verankerung verbindlicher Rechenschaftspflichten jedoch als Eingriff in die inneren Angelegenheiten und ihre nationale Souveränität. Schon 2015 hatte der Vorschlag, einen solchen Mechanismus im Umsetzungsprozess der Agenda 2030 als eine Art UPR für die SDGs einzuführen, keine Chance. Um zu überprüfen, welche Fortschritte die einzelnen Länder bei der Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer Ziele gemacht haben, sind die Regierungen lediglich angehalten, dem HLPF auf freiwilliger Basis Umsetzungsberichte vorzulegen. Sie werden als *Voluntary National Reviews* (VNRs) bezeichnet, um auf keinen Fall den Anschein zu erwecken, dass es sich dabei um verbindliche Rechenschaftsberichte handeln könnte.

Nichtsdestotrotz wuchs über die Jahre der Gruppenzwang, solche Berichte zu erstellen. Zwischen 2016 und 2024 haben 190 Länder (inkl. Palästina) insgesamt **366 VNRs** präsentiert, einige von ihnen bereits viermal, da-

runter Aserbaidschan, Kolumbien, Mexiko und Sierra Leone. Deutschland wird im Juli 2025 seinen dritten VNR vorlegen. Die einzigen Länder, die bislang nicht berichtet haben, sind Haiti, Iran, Myanmar und die USA. Einige Regierungen thematisieren in ihren VNRs die Schwierigkeiten und Herausforderungen bei der SDG-Umsetzung mittlerweile stärker, als es in den Anfangsjahren der Fall war. Das liegt sicher auch an den Vorgaben, die das UN-Sekretariat in seinem detaillierten **Handbuch zur Erstellung von VNRs** macht. Dennoch bleiben die Berichte überwiegend Selbstdarstellungen der Regierungen. Immerhin boten einige Regierungen in ihren Berichten auch zivilgesellschaftlichen Positionen einen Raum, so zum Beispiel **Dänemark** und **Finnland**. Die VNRs könnten nun als Vorbild für sogenannte *Financing Action Reviews* dienen, die die Regierungen im Follow-up der Sevilla-Konferenz produzieren sollen. Im **ersten Entwurf des FfD4-Outcome Documents** heißt es dazu (Pkt. 58 (e)):

„To strengthen peer review and further enhance participation from capitals, we will invite countries to present Financing Action Reviews on progress and challenges in implementing the Financing for Development outcomes at the ECOSOC FFD Forum, building on INFFs [Integrated National Financing Frameworks] where appropriate, in a similar format to voluntary national reviews on SDG implementation.“

» **ECOSOC Forum on Financing for Development Follow-up** als zentrales Gremium für Monitoring und Review. Es soll nach den Vorstellungen vieler Regierungen im Follow-up der Sevilla-Konferenz aufgewertet werden. **Deutschland** schlägt unter dem Stichwort „Enhancing the FfD-Forum“ vor,

„[to] complement the FfD-Forum with intersessional, member-state-led preparations on selected topics, to be discussed in depth during plenary sessions. Intersessional work would enable more substantive discussions and solutions to critical financing issues, which are often only briefly addressed during the Forum itself.“

Auch **Pakistan, Ägypten und Nigeria** sprechen sich in einem gemeinsamen Statement dafür aus, „[to] reaffirm and strengthen the role of ECOSOC FFD Forum.“

Im **ersten Entwurf des FfD4-Outcome Documents** haben sich diese Forderungen in folgender Verpflichtung niedergeschlagen (Pkt. 58 (b)):

“We commit to deepen substantive discussions at the ECOSOC FFD Forum through an in-depth review and reporting on national and global commitments of the action areas of the financing for development outcomes in a biennial cycle.”

Um den Follow-up-Prozess zu stärken, soll ein Netz thematischer Sondersitzungen im Rahmen des ECOSOC oder des FfD Forums selbst stattfinden. Dazu gehören Sondersitzungen des ECOSOC zu den Themen finanzielle Integrität und Steuerkooperation sowie zu Ratingagenturen und eine Sondersitzung des FfD-Forums mit WTO und UNCTAD zu Fragen des internationalen Handels. Außerdem soll im Bereich der internationalen Entwicklungszusammenarbeit das seit 2007 alle zwei Jahre stattfindende **Development Cooperation Forum (DCF)** der UN in den Sitzungszyklus des FfD-Forums integriert werden, jeweils vor dem FfD-Forum stattfinden und an dieses berichten. Dazu müsste allerdings auch das bislang politisch schwache DCF substantiell gestärkt werden. **Vorschläge** dafür gibt es auch aus der Zivilgesellschaft.

Wenn das FfD-Forum sich außerdem noch mit den vorgeschlagenen nationalen Umsetzungsberichten, den *Financing Action Reviews*, im Rahmen eines Ministersegments befassen soll, reicht das bisherige Format des Forums mit einer jährlichen Tagung von fünf Tagen bei weitem nicht aus. Notwendig wäre eine substantielle Ausweitung des Zeitrahmens. Nützlich wäre außerdem, wie u.a. von Deutschland vorgeschlagen, die Durchführung von thematischen „Intersessionals“, um die Diskussionen und Beschlüsse des FfD-Forums vorzubereiten.

Globale Normsetzung

Das ECOSOC FfD-Forum ist allerdings nicht der einzige Ort auf UN-Ebene, in dem Themen der FfD-Agenda behandelt werden. Viele Länder sind sich inzwischen einig, dass in zentralen Bereichen der FfD-Agenda verbindliche Abkommen und die dazugehörigen Institutionen geschaffen werden müssen, um die eklatanten Finanzierungs- und Regelungslücken im Bereich der Global Economic Governance zu schließen.

Dies gilt unter anderem für die internationale Steuerkooperation. Ein breite Mehrheit der UN-Mitglieder **unterstützt** inzwischen eine **UN Framework Convention on International Tax Cooperation**. Die **offiziellen Verhandlungen** dazu sollen im August 2025 beginnen und bis Ende 2027 abgeschlossen sein.

Ein ähnliches Instrument wird auch für den Schuldenbereich vorgeschlagen. **Pakistan, Ägypten und Nigeria** fordern beispielsweise, Verhandlungen über ein **„multilateral legal framework for debt restructuring“** einzuleiten. Außerdem sprechen sie sich für einen **„multilateral sovereign debt workout mechanism“** sowie die Errichtung einer **„global debt authority“** aus, die diesen Mechanismus beaufsichtigen soll. Die Forderungen werden unter anderem auch von der **Afrikanische Gruppe** und der Gruppe der **LDCs** unterstützt.

Auch im Bereich der internationalen Entwicklungszusammenarbeit wird von einigen ein Abkommen gefordert, in der Hoffnung, dass dadurch die bisherigen Lippenbekenntnisse zum 0,7-Prozentziel einen höheren Grad an Verbindlichkeit erhalten. **Sambia** schlägt beispielsweise vor:

„Agree on a UN Convention on International Development Cooperation, including establishing a mechanism for the fulfilment of the trillions in unmet ‘aid debt’ owed to the Global South through decades.“

Auch zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen haben sich im Vorfeld der Sevilla-Konferenz für eine solche Konvention ausgesprochen, darunter zum Beispiel **Eurodad**.

In diesen Kontext gehört auch die Initiative für ein völkerrechtlich bindendes Abkommen, das die Aktivitäten transnational agierender Unternehmen menschenrechtlich reguliert. Verhandlungen über einen solchen **„Binding Treaty“** finden bereits seit zehn Jahren unter dem Vorsitz Ecuadors in einer zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe des UN-Menschenrechtsrates statt. Sie sind zwar nicht Teil des FfD-Prozesses, stehen aber in direktem Zusammenhang zu den Bemühungen, private Investitionen mit den Zielen nachhaltiger Entwicklung in Einklang zu bringen.

Koordinierung und politische Führung

Um die Vereinten Nationen in der Global Economic Governance zu stärken, müssten sie auch bei der Koordinierung und der tatsächlichen Ent-

scheidungsfindung über globale Wirtschafts- und Finanzpolitik eine größere Rolle spielen. Alle vier Jahre unter dem Dach der Generalversammlung einen eintägigen High-level Dialogue on Financing for Development zu veranstalten, ist dazu völlig unzureichend.

Pakistan, Ägypten und Nigeria fordern aus diesem Grund unter anderem,

„[to] establish an inclusive and legitimate global coordination mechanism at United Nations Economic and Social Council (ECOSOC) to address financial integrity on a systemic level and exchange best practices, technologies for effectively tracking and curbing IFFs [Illicit Financial Flows].“

Sie griffen damit eine Empfehlung (14A) aus dem Report des **High Level Panel on International Financial Accountability, Transparency and Integrity** (FACTI Panel) auf. Der Wirtschaftswissenschaftler und ehemalige Finanzminister Kolumbiens José Antonio Ocampo hat in einer **Implementation Note** verschiedene Optionen für die Ausgestaltung eines solchen Mechanismus unter dem Dach des ECOSOC beschrieben.

Darüber hinaus fordern Länder wie **Pakistan, Ägypten und Nigeria**, dass die Vereinten Nationen angesichts ihrer Universalität eine zentrale Rolle dabei spielen müssen, die Kohärenz der internationalen Handels-, Währungs- und Finanzsysteme sicherzustellen. Sie schlagen zu diesem Zweck vor, „ [to] establish an institutional arrangement between UN General Assembly, WTO, Bretton Woods Institutions and other International Financial Institutions and entities to strengthen consultation, coordination and coherence.“ Konkreter wurden die Regierungen im **Zukunftspakt** der Vereinten Nationen vom September 2024, als sie den Vorschlag des UN-Generalsekretärs aufgriffen, alle zwei Jahre ein Gipfeltreffen auf Ebene der Staats- und Regierungschefs zu veranstalten (*Biennial Summit*), das zur Stärkung der bestehenden Verbindungen und zur Schaffung einer systematischeren Koordinierung zwischen den Vereinten Nationen und den internationalen Finanzinstitutionen dienen soll.

Brasilien betonte im Vorbereitungsprozess der FfD4-Konferenz seine Unterstützung für diesen Vorschlag – allerdings nicht bedingungslos:

„We call for strengthening the leadership role of the UN in global economic governance, and the reform of the IFA. We welcome the initiative to convene a Biennial Summit at the level of Heads of State and Government to strengthen existing links and coordination between the UN and the International Financial Institutions (IFIs). However, we must ensure that the convening of this Summit does not result in multistakeholder initiatives that risk undermining existing UN member state-led negotiations of the UNGA Second Committee and the ECOSOC FfD processes.“

Sinnvoll wäre ein solcher *Biennial Summit*, wenn er integraler Bestandteil des FfD-Umsetzungsprozesses würde und als zwischenstaatliches Gipfeltreffen unter dem Dach der UN-Generalversammlung mit dem High-level Dialogue on Financing for Development zusammengelegt werden würde.

3. Schlussbemerkungen

Die FfD4-Konferenz ist überschattet von geopolitischen Konfrontationen und dem Frontalangriff rechtsnationalistischer Regierungen auf den Multilateralismus. Viele Regierungen und zivilgesellschaftliche Organisationen sind sich aber einig, dass gerade jetzt mehr multilaterale Zusammenarbeit und eine Stärkung der FfD-Architektur unter dem Dach der Vereinten Nationen dringend erforderlich wären. Das gilt insbesondere für einen effektiven Monitoring und Follow-up-Mechanismus sowie die Normsetzung und Koordinierung im Bereich der internationalen Steuerpolitik, dem Management von Schuldenkrisen, der internationalen Entwicklungszusammenarbeit und der Regulierung transnationaler Unternehmen.

Was nun gebraucht wird, sind überregionale Koalitionen gleichgesinnter Länder, die unter Beweis stellen, dass langfristig nur eine Politik erfolgreich ist, die auf den Prinzipien eines solidarischen, rechtebasierten und inklusiven Multilateralismus unter dem Dach der Vereinten Nationen basiert. Auf der Sevilla-Konferenz wird sich zeigen, ob es gelingt, dass sich solche Koalitionen für einen solidarischen Multilateralismus gegen die nationalen Chauvinismen einzelner durchsetzen können.

Weitere Informationen

Financing for Sustainable Development Webseite der UN:

<https://financing.desa.un.org/>

Webseite der FfD4-Konferenz in Sevilla:

<https://financing.desa.un.org/ffd4>

Webseite des Civil Society Financing for Development Mechanism:

<https://csoforffd.org/>

Informationen des Global Policy Forums Europe zu Entwicklungsfinanzierung und Steuergerechtigkeit:

https://www.globalpolicy.org/de/entwicklungsfinanzierung_und_steuergerechtigkeit (deutsch)

https://www.globalpolicy.org/en/issues/development_finance_and_tax_justice (engl.)

Plattform Transformative Finanzpolitik:

<https://ptf.forumue.de/>

Impressum

Die künftige Rolle der Vereinten Nationen im FfD-Follow-up

Monitoring, Review, Normsetzung und Koordination

Herausgeber:

Global Policy Forum Europe e.V.

Königstraße 37a

53115 Bonn

Tel. 0228 – 96 50 510

europa@globalpolicy.org

www.globalpolicy.org

Kontakt: Bodo Ellmers

Autor: Jens Martens

Mitarbeit: Bodo Ellmers

Redaktion: Anna Held

Gestaltung: www.kalinski.media

Bonn, April 2025

Dieses Briefing Paper ist Teil des Projekts „Nachhaltige Entwicklungsfinanzierung“ des Global Policy Forum Europe e.V., gefördert von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

giz Deutsche Gesellschaft
für Internationale
Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

 Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Für die Inhalte dieser Publikation ist allein Global Policy Forum Europe e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von GIZ und BMZ wieder.